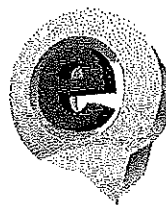




**Bundesagentur
für Arbeit**



**Unidad del
Servicio
de Empleo**

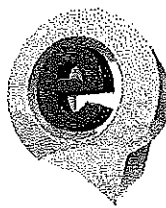
**Absprache über die Vermittlung
von Arbeitssuchenden
aus der Republik Kolumbien**

**für eine Beschäftigung als
qualifizierte Fachkraft in der
Bundesrepublik Deutschland**

**zwischen der Bundesagentur für
Arbeit (BA)**

und

**Unidad del Servicio Público de
Empleo (SPE)**



Die Unidad del Servicio Público de Empleo (nachfolgend SPE), vertreten durch Frau [Name], Generaldirektorin, und die Bundesagentur für Arbeit (nachfolgend BA) in Deutschland, vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch Herrn [Name], Geschäftsführer des Geschäftsbereiches Internationales, haben Folgendes verabredet:

Ziele

SPE und der BA streben gemeinsam mit den zugelassenen transnationalen Dienstleistern der SPE im Einklang mit den Anmerkungen der SPE (s. Anlage 1) die Förderung der legalen Erwerbsmigration von qualifizierten Fachkräften aus Kolumbien nach Deutschland sowie den Austausch von Informationen und Erfahrungen in der Arbeitsvermittlung an.

Ziel dieser Absprache ist die Vermittlung von Arbeitssuchenden in eine Beschäftigung als Fachkraft in den in Anlage 2 definierten Berufsfeldern in Deutschland. Dies kann insbesondere auch die vorherige oder begleitende Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme umfassen. Bei der Vermittlung werden die arbeitsmarktpolitischen Interessen beider Länder berücksichtigt.

Diese Vermittlungsabsprache ist von der Idee einer fairen Migration geleitet. Dies bedeutet, dass sie die Interessen der Menschen in Deutschland, Kolumbien und der Migrantinnen und Migranten selbst angemessen berücksichtigt. Die Partner dieser Absprache beachten die internationalen Prinzipien für eine ethisch verantwortbare internationale Rekrutierung bei der Durchführung der Absprache.

1. Vorauswahl der Arbeitssuchenden

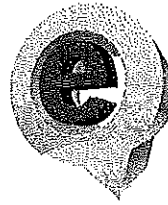
Die SPE erhält von der BA die Stellenangebote in den definierten Zielberufen dieser Absprache, um einen internen technischen Prozess für deren Veröffentlichung unter den zugelassenen transnationalen Dienstleistern der SPE einzuleiten.

Die kolumbianischen Arbeitssuchenden werden von den transnationalen Dienstleistern auf der Grundlage der übermittelten Stellenangebote unter Anwendung der in den Anhängen 2 und 5 beschriebenen Verfahren vorausgewählt¹, die Bestandteil dieser Absprache sind.

Deutsche Arbeitgeber wählen mit Unterstützung der BA diejenigen Arbeitssuchenden aus, die im Verfahren weiter berücksichtigt werden sollen. Hierbei sind die in Anlage 2 aufgelisteten Kriterien maßgeblich, die von der BA unter Berücksichtigung der jeweils geltenden aufenthaltsrechtlichen Regelungen der Bundesrepublik Deutschland und der Bedürfnisse des Arbeitsmarkts festgelegt werden. Die Anlage 2 gilt vorbehaltlich nationaler Rechtsänderungen. Darüber hinaus gehende aufenthaltsrechtliche Bestimmungen werden von der BA nicht geprüft.

Die beruflichen Abschlüsse (s. Anlage 2) und Zertifikate für gegebenenfalls erforderliche Sprachkenntnisse sind durch geeignete Dokumente nachzuweisen. Die SPE wird über ihr

¹ Das Verfahren der Bewerberauswahl wird in Absprache mit der SPE festgelegt. Die erforderlichen Berufsabschlüsse und Sprachkenntnisse sind abhängig vom Kolumbien und der gesuchten Berufsqualifikation.



Netzwerk von zugelassenen Dienstleistern geeignete Arbeitssuchende für die bestmögliche Besetzung der angebotenen Stellen vorauswählen.

2. Vermittlung der Arbeitssuchenden

Die endgültige Entscheidung über die Auswahl der endgültigen Arbeitssuchenden trifft die BA, wobei die Arbeitgeber in diesen Prozess einbezogen werden.

Die BA vermittelt die ausgewählten Arbeitssuchenden entsprechend der Nummern 4 und 5 in (s. Anlage 2) Deutschland, bei der die Arbeitsbedingungen nicht ungünstiger sind als bei vergleichbaren inländischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

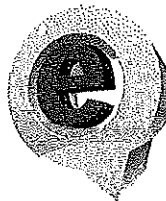
In Fällen, in denen Arbeitsverhältnisse nach der Einreise unverschuldet nicht zustande kommen oder vorzeitig enden, wird sich die BA um die Vermittlung einer geeigneten neuen Arbeitsstelle bemühen. Ist auch diese Vermittlung nicht erfolgreich und kommt auch ein Wechsel des Aufenthaltszwecks nicht in Betracht, ist grundsätzlich die Aufenthaltsbeendigung gesetzliche Rechtsfolge.

Reist der/die vermittelte Arbeitssuchende nicht ein, wählt die BA aus dem Pool der vorausgewählten Arbeitssuchenden ersatzweise eine andere Person aus, die dem Arbeitgeber vorgeschlagen wird.

3. Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und zur Erteilung einer Berufsausübungserlaubnis

Die Arbeitssuchenden müssen die Feststellung der Gleichwertigkeit ihrer ausländischen Berufsqualifikation und gegebenenfalls die Erteilung der Berufsausübungserlaubnis beantragen. Bestehen wesentliche Unterschiede der ausländischen Berufsqualifikation im Vergleich zur inländischen Referenzqualifikation oder fehlen die für die Erteilung der Berufsausübungserlaubnis vorausgesetzten Sprachkenntnisse, erwerben die Arbeitssuchenden die erforderlichen Qualifikationen im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen, wozu auch die Vorbereitung und das Ablegen einer Prüfung gehören können. Die BA berät und unterstützt die Arbeitssuchenden unter Einbindung von Netzwerkpartnern, wie z. B. Kammern, in der Bundesrepublik Deutschland bei der Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit und zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis, welches in den Anlagen 2² und 3 einschließlich Bestimmungen zur Kostentragung beschrieben ist.

² In der Anlage wird das für die Erlangung der Anerkennung erforderliche Verfahren grundsätzlich beschrieben. Das jeweilige Verfahren ist abhängig von der gesuchten Berufsqualifikation. Weiterhin soll die BA das Verfahren im Inland begleiten, sodass gewährleistet ist, dass die Anerkennung tatsächlich erlangt wird.



4. Beschäftigung während des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis

Die Arbeitssuchenden üben bis zur Feststellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Qualifikation bzw. bis zur Erteilung der Berufsausübungserlaubnis (soweit erforderlich) eine Beschäftigung aus, die entsprechend der jeweils geltenden rechtlichen Regelungen in Deutschland erlaubt ist. Ziel ist eine dauerhafte qualifizierte Beschäftigung als Fachkraft in den Berufen der Anlage 2.

Die Beschäftigung während des vorgenannten Verfahrens darf das Ziel, die Feststellung der Gleichwertigkeit und die ggf. notwendige Berufsausübungserlaubnis zu erreichen, nicht beeinträchtigen.

Wird die Gleichwertigkeit nicht festgestellt (bzw. die Berufsausübungserlaubnis nicht erteilt) oder wird das Verfahren nicht innerhalb von drei Jahren zum Abschluss gebracht, so kann keine anschließende Tätigkeit als Fachkraft ausgeübt werden und die Aufenthaltsbeendigung ist grundsätzlich gesetzliche Rechtsfolge. Die BA wird die notwendigen Maßnahmen mit der SPE für die Rückführung der betreffenden Personen koordinieren.

5. Beschäftigung als Fachkraft

Die Arbeitssuchenden werden in eine Beschäftigung als Fachkraft (s. Anlage 2) vermittelt, die sie nach Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation bzw. nach Erteilung der Berufsausübungserlaubnis und nach Erhalt der entsprechenden Aufenthaltserlaubnis für eine Beschäftigung als Fachkraft auszuüben.

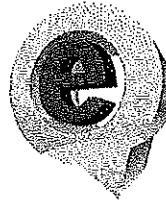
6. Integration und Spracherwerb in der Bundesrepublik Deutschland

Die BA informiert die Arbeitssuchenden über Möglichkeiten, Unterstützung beim Leben und Arbeiten in Deutschland zu erhalten. Bei Abschluss dieser Absprache zählen hierzu die Erst- und Verweisberatung der Hotline Arbeiten und Leben in Deutschland (ALID) [Beratungsangebote im Inland, wie u. a. die bundesgeförderten Beratungsangebote der allgemeinen Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und der Jugendmigrationsdienst (JMD) sowie der Integrationsbeauftragten, Landesberatungsprogramme und für arbeitsrechtliche Informationen die Beratungsstellen der „Fairen Integration“. Sprachförderung ist in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des geltenden Rechts möglich.

7. Beauftragung von privaten Dienstleistern und Vermittlern

Die BA kann nach den von ihr festgelegten Regelungen private Dienstleister zur Durchführung von Aufgaben beauftragen, die sich aus dieser Absprache ergeben.

Alle Beauftragungen erfolgen auf Kosten der BA bzw. des Arbeitgebers und unter den zu diesem Zweck festgelegten Bedingungen. Den Dienstleistern dürfen hoheitliche Tätigkeiten



der BA nicht übertragen werden, hierzu zählen insbesondere die Beglaubigung von Dokumenten.

8. Ausschlussmöglichkeiten

Die Absprache gilt ausschließlich für die Vermittlung von Arbeitssuchenden, die zusammen von der SPE und der BA und durch die zugelassenen transnationalen Dienstleister vorausgewählt werden. Arbeitssuchende, die von nicht zugelassenen kolumbianischen oder von deutschen privaten Arbeitsvermittlungsagenturen ohne Beteiligung der SPE vermittelt werden, profitieren nicht von dieser Absprache.

Die BA behält sich vor, solche Arbeitgeber, privaten Dienstleister oder privaten Vermittler auszuschließen, die gegen die Bestimmungen dieser Absprache verstoßen. Auch Arbeitssuchende, die unter Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Absprache vermittelt werden sollen, können vom Vermittlungsprozess ausgeschlossen werden. Die Einhaltung der Bestimmungen wird regelmäßig nachhalten.

9. Zusammenarbeit

Die Partner dieser Absprache arbeiten im Interesse einer bestmöglichen Umsetzung zusammen und tauschen ihre Erfahrungen mit dem Ziel der Verfahrensverbesserung und – Vereinfachung aus. Einzelheiten der Zusammenarbeit werden in den Anlagen dieser Absprache geregelt.

10. Verwaltungskosten

Die Umsetzung dieser Absprache ist nicht mit zusätzlichem Budgetaufwand für die SPE verbunden. Die Verwaltungskosten werden von demjenigen Partner getragen, dem diese Kosten entstehen, d.h. die BA übernimmt die Information und Beratung der Arbeitgeber, die Vermittlungsdienstleistungen für Arbeitgeber und die Durchführung der Arbeitsmarktzulassung, während die SPE für die Vorauswahl von Arbeitssuchenden in Kolumbien verantwortlich ist.

Die Kosten der Partner für gegebenenfalls notwendige Maßnahmen zur Abstimmung der Umsetzung dieser Vermittlungsabsprache werden wie folgt getragen:

- Reisekosten, Unterkunft und Verpflegung in Kolumbien werden jeweils von den Reisenden bzw. deren Trägern übernommen;
- Übersetzungs- und Dolmetscherleistungen werden bei Veranstaltungen mit BA-Beteiligung von der BA übernommen.



Die BA und die SPE übernehmen keine bewerberbezogenen Kosten für Arbeitssuchende (z.B. Kosten für den Spracherwerb), die sich auf die von der BA vermittelten Stellen bewerben und/oder für die Stellen ausgewählt werden (s. Anlage 2).

Die Kosten für Informationsveranstaltungen und Auswahlverfahren in Kolumbien, die den deutschen Arbeitgeber entstehen, werden von Ihnen selbst getragen.

11. Gebührenfreiheit für Arbeitssuchende

Die Auswahl und Vermittlung in eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland sind für die Arbeitssuchenden kosten- und gebührenfrei. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder im Einklang mit dieser Absprache agierende private Dienstleister und Vermittler erheben von den an bzw. durch sie vermittelten Arbeitssuchenden keine Kosten.

12. Anti-Korruptionsklausel

Die Partner versichern, für die Durchführung der in dieser Absprache beschriebenen Aufgaben keine Vorteile von Dritten anzunehmen, insbesondere nicht von potentiellen Arbeitgebern oder Arbeitssuchenden oder deren Angehörigen sowie von privaten Dienstleistern oder Vermittlern. Dies umfasst auch das Verbot, im Rahmen der Vermittlung Geschenke oder Geldbeträge anzunehmen oder sich anderweitige Vorteile gewähren oder versprechen zu lassen.

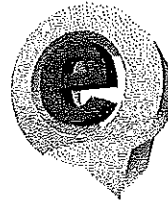
13. Keine Diskriminierung

Arbeitssuchende dürfen während des Auswahl- und Vermittlungsverfahrens nicht aus rassistischen Gründen oder wegen ihrer Nationalität, Geschlecht, sexueller Identität, sozialer Herkunft oder Stellung, Behinderung, religiöser, weltanschaulicher oder politischer Überzeugung bevorzugt oder benachteiligt werden.

14. Grundsätze des Personaleinsatzes

Bei allen Aktivitäten, die sich aus dieser Absprache ergeben, kommen die Partner überein, dass das Personal jeder Einrichtung, das mit der gemeinsamen Durchführung der vereinbarten Maßnahmen beauftragt wird, weiterhin der Einrichtung, mit der es in einem Arbeits- oder Vertragsverhältnis steht, uneingeschränkt untersteht und von ihr abhängig ist. Dies gilt unabhängig davon, ob es außerhalb dieser Einrichtung oder in den Räumlichkeiten der Einrichtung, an die es beauftragt wurde, andere Dienstleistungen erbringt.

Wird Personal von außerhalb der Vertragspartner an der Durchführung einer Aktivität im Rahmen der Absprache beteiligt, so untersteht es stets der Leitung der Organisation oder der Person, mit dem bzw. der es unter Vertrag steht, so dass durch seine Beteiligung kein Arbeitsverhältnis mit den unterzeichnenden Partnern begründet wird.

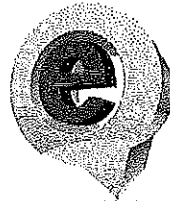


15. Datenschutzklausel und Vertraulichkeit

Die Partner tauschen laufend Informationen aus, die von beiderseitigem Interesse sein können, und verpflichten sich, die bei der Ausführung des Gegenstands und während der Laufzeit dieser Absprache erhaltenen Informationen vertraulich zu behandeln.

Soweit aufgrund dieser Absprache nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Seite geltenden Rechtsvorschriften.

- a) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in dieser Absprache bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgesehenen Bedingungen zulässig.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Ist der Empfänger Partner dieser Absprache, so ist er verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen. Die Partner dieser Absprache verpflichten sich, mit ihren jeweiligen Partnern zu vereinbaren, dass diese sich ebenfalls zur unverzüglichen Berichtigung oder Löschung von unrichtigen Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, verpflichten.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Seite, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird, sofern das innerstaatliche Recht ein solches Recht vorsieht.
- e) Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach dieser Absprache rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür der Empfänger nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- f) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- g) Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.



h) Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

16. Geltungsdauer und Kündigung

Diese gegenseitige Absprache gilt zunächst für einen Zeitraum von fünf (5) Jahren, der im ausdrücklichen Einvernehmen beider Partner (schriftlich) um den gleichen Zeitraum wie der ursprüngliche Zeitraum verlängert werden kann.

Die Absprache kann von jedem Partner mit einer Frist von 30 Tagen zum Ende eines Kalendermonats schriftlich gekündigt werden, ohne dass eine gerichtliche Entscheidung erforderlich ist und ohne dass dadurch irgendein Entschädigungsanspruch entsteht (ordentliche Kündigung). Zur Wahrung der Schriftform genügt Übermittlung des schriftlichen Dokuments vorab per E-Mail und Zugang des Original-Dokuments per Post oder persönlicher Übergabe. Die Gründe für die Kündigung der Absprache sollen ausführlich dargelegt werden.

Jeder Partner ist außerdem berechtigt, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes die Absprache außerordentlich ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen (außerordentliche Kündigung).

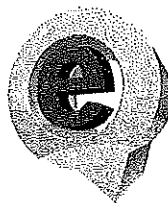
Als wichtige Gründe gelten insbesondere:

- Die Erhebung von Gebühren bei Arbeitssuchenden durch die BA oder die SPE für die Vermittlung in eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland
- Ein Verstoß durch die BA oder die SPE gegen Nr. 12 dieser Absprache
- Eine Änderung des zugrunde liegenden nationalen Rechts.

Die Kündigung dieser Absprache hat keine Auswirkung auf bereits bestehende Arbeitsverhältnisse, in die Arbeitssuchenden aufgrund dieser Vermittlungsabsprache vermittelt wurden. Bereits bestehende Arbeitsverhältnisse werden durch die Beendigung dieser Vermittlungsabsprache nicht unwirksam.

17. Änderung

Diese Absprache kann im gegenseitigen Einvernehmen der Partner geändert werden, was in einem von den Partnern unterzeichneten Dokument festgehalten wird, in dem auch das Datum des Inkrafttretens der Änderungen angegeben ist.



18. Schlussbestimmungen

Diese Absprache wird am 13. Dezember 2021 wirksam.

Unterzeichnet in Berlin am 13. Dezember 2021 in drei Urschriften, jeweils in deutscher, in spanischer und englischer Sprache. Die Partner erhalten jeweils eine Ausfertigung in deutscher, spanischer und englischer Sprache.

Berlin, den 13. Dezember 2021.

Bundesagentur für Arbeit

Unidad del Servicio Público de Empleo